

# **Rechtspopulismus und Europafeindlichkeit: in der Mitte angekommen?**

*Frank Decker*

Zu den Paradoxien der im letzten Jahr stattgefundenen Europawahl gehört, dass der europäische Charakter dieser Wahlen, dessen Fehlen man früher immer beklagt hat, ausgerechnet durch die euroskeptischen Rechtspopulisten befördert worden ist. Diese wenden sich nicht nur gegen eine weitere Vergrößerung der EU und Vertiefung ihres supranationalen Charakters, sondern möchten den bereits erreichten Integrationsstand am liebsten zurückdrehen. Das Paradoxe liegt auch darin, dass die anti-europäische Ausrichtung diese Parteien stärker miteinander verbindet, als es die pro-europäische Ausrichtung bei den etablierten Parteien tut. Ideologisch eint sie dagegen weniger, was unter anderem daran ablesbar ist, dass nur ein Teil der EU-Skeptiker bereit ist, sich im Europaparlament zu einer gemeinsamen Fraktion zusammenzuschließen. Bei den etablierten Parteien ist es genau umgekehrt: Sie verbindet weltanschaulich mehr als sie integrationspolitisch trennt, doch war die gemeinsame inhaltliche Klammer in der Auseinandersetzung mit den anderen europäischen Parteienfamilien bisher stets zu schwach, um eine diesen Namen verdienende Europäisierung der Wahlen herbeizuführen. Dies lag und liegt zum einen daran, dass es der EU gerade den Bereichen, die sich für eine parteipolitische Abgrenzung eignen, an Zuständigkeiten fehlt, etwa der Steuer, Sozial- oder Energiepolitik. Zum anderen entzieht die EU auch ihre eigenen Zuständigkeiten (bei der Schaffung des gemeinsamen Marktes) dem politischen Wettstreit, indem deren Inhalte in den europäischen Verträgen bis ins Detail festgelegt sind. Die daraus resultierende Verselbständigung der exekutiven und judikativen

Organe der Gemeinschaft markiert nach Ansicht von Kritikern den eigentlichen Kern des EU-Demokratiedefizits.

Euroskeptiker finden sich nicht nur innerhalb der rechtspopulistischen Parteienfamilie, sondern auch in den Reihen anderer Parteien (einschließlich der Linken). Unter den rechtspopulistischen Parteien ist die Euroskepsis heute allerdings allgegenwärtig, gehört sie sozusagen zur programmatischen Grundausstattung. Das war nicht von Anfang an so. Als die neuen Rechtspopulisten in den achtziger Jahren die politische Bühne betraten und sich in den westeuropäischen Parteiensystemen reihum festsetzten, verfochten die meisten von ihnen zum Teil dezidiert pro-europäische Positionen. Dies hatte einerseits mit ihrer damals noch überwiegend wirtschaftsliberalen Ausrichtung zu tun (wie beim französischen Front National), zum anderen spiegelte sich darin die Anti-Haltung zur Regierungspolitik auf nationaler Ebene, gegenüber der die europäischen Institutionen als leuchtendes Vorbild erschienen (wie bei der italienischen Lega Nord). Die Hinwendung zum Anti-Europäismus erfolgte erst, als sich die Schattenseiten der neoliberalen Modernisierung in den neunziger Jahren zunehmend bemerkbar machten. Diese wurden nun auch und verstärkt der europäischen Politik angelastet, die den finsternen Mächten der Globalisierung gleichsam ein konkretes Gesicht lieh. Bei den Wahlen zahlte sich das zunächst nicht direkt aus – am Beginn der neuen Dekade (zwischen 2000 und 2005) hatten die Rechtspopulisten sogar mit Verlusten zu kämpfen. Als die Finanz- und Eurokrise einsetzte, konnten sie jedoch ihre Anti-Haltung zur EU voll ausspielen und damit neue Rekordwerte der Wählerunterstützung verbuchen. Einige Parteien (wie die Wahren Finnen oder die Alternative für Deutschland) sind sogar erst im Umfeld der Eurokrise entstanden.

Der Euroskeptizismus knüpft an die programmatische und elektorale Gewinnerformel des europäischen Rechtspopulismus nahtlos an. In

ökonomischer Hinsicht profitieren seine Vertreter von den Abstiegsängsten, die im Zuge der beschleunigten Modernisierung immer größere Teile der Mittelschichten erfassen. In kultureller Hinsicht greifen sie das Bedürfnis nach Zugehörigkeit und Identität auf, die in der scheinbaren Wertebeliebigkeit der multiethnisch zusammengesetzten Gesellschaften verloren zu gehen drohen. Und in politischer Hinsicht thematisieren sie die wachsende Kluft zwischen Regierenden und Regierten, die das Vertrauen in das demokratische System untergrabe. Die EU bündelt diese Krisenphänomene wie unter einem Brennglas. Ökonomisch wird sie als Urheber von Verteilungsungerechtigkeiten innerhalb der Gesellschaften sowie Konflikten zwischen den auseinanderdriftenden Mitgliedern der Währungsunion betrachtet. Kulturell nährt sie die Sorgen vor unkontrollierter Zuwanderung und dem Verlust nationaler Eigenständigkeit. Und politisch leidet sie unter einem angeborenen und / oder von den Eliten bewusst in Kauf genommenen Demokratiedefizit.

Die Wirkungsmacht dieser Programmformel ergibt sich aus ihrer vermeintlichen oder tatsächlichen Kohärenz. Als gemeinsame Klammer oder übergeordnetes Kriterium fungiert die Kritik an den herrschenden (politischen und gesellschaftlichen) Eliten, die den eigentlichen Kern des Populismus umschreibt. In ihm spiegelt sich zugleich das Festhalten am Primat der Politik, also dem Anspruch, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse im Rahmen der demokratischen Herrschaftsordnung gestalten zu können. Ähnlich enge Querverbindungen bestehen zwischen den wirtschaftlichen und kulturellen Aspekten der Modernisierung. Indem sie die gesellschaftlichen Folgen einer Wirtschaftspolitik anprangern, die einseitig auf Wachstum, Flexibilisierung und die Beseitigung von Marktbarrieren programmiert ist, bewegen sich die Rechtspopulisten in der Tradition sowohl der konservativen als auch der linken Kapitalismuskritik. Ökonomisch vertreten ihre Protagonisten heute hauptsächlich etatistisch-protektionistische, in der Gesellschaftspolitik national-

konservative Positionen. Diese anti-liberale Grundhaltung, die sich einerseits von der Marktgläubigkeit der christdemokratischen und konservativen Parteien, andererseits von der kulturellen Modernität der Sozialdemokraten abhebt, verleiht den rechtspopulistischen Botschaften ihre Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit. Die größte Resonanz entfaltet sie weiterhin beim Thema Zuwanderung.

Die Finanz- und Schuldenkrise hat die ökonomische und soziale Destabilisierung der europäischen Gesellschaften beschleunigt. Auch in den Ländern, die aus der Krise vergleichsweise unbeschadet hervorgingen – wie etwa Deutschland – beobachten wir eine wachsende Kluft zwischen den Gewinnern und Verlierern der Globalisierung. Während die erstgenannten über sichere Arbeitsplätze verfügen und meistens gut verdienen, befinden sich die letztgenannten in prekären, schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen und sind von Arbeitslosigkeit bedroht. Diese Gruppe, die zu unteren Mittelschicht zählt, befürchtet – für sich selbst und ihre Kinder – einen weiteren sozialen Abstieg. Sie hat das Gefühl, dass der Staat und das herrschende Sozialmodell unfähig sind, sie in den Veränderungsprozessen schützend zu begleiten. Dabei spielt es keine Rolle, ob rechte oder linke Parteien regieren. Weder gelingt es, den Wohlstand gerechter zu verteilen noch die Wirtschaft zu regulieren. Die zunehmende Europaskepsis, die der Rechtspopulismus lautstark artikuliert und ihm neue Wähler zutreibt, ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Das europäische Modell hat sein Versprechen, einen Ausgleich zwischen Markt und sozialer Sicherheit herbeizuführen, nicht gehalten. Die EU entpuppte sich vielmehr selbst als „trojanisches Pferd des Neoliberalismus“, indem sie ihre Politik ganz auf die Herstellung von Marktfreiheiten ausrichtete und die nationalen Mitgliedsstaaten bei der Bewältigung der daraus resultierenden sozialen Folgen alleine ließ.

Hinzu kommt, dass durch die Bewältigung der Schuldenkrise die Staaten selbst in einen Verteilungskonflikt hineingetrieben worden sind. Um das Vertrauen der Finanzmärkte wiederherzustellen, wurden den von der Krise besonders gebeutelten Ländern drastische Sparmaßnahmen in ihren Haushalten verordnet, die die Arbeitslosigkeit stark anschwellen ließen und die Lebensbedingungen weiter Bevölkerungsteile verschlechterten. Dies hat nicht nur in den betroffenen Gesellschaften die sozialen Gegensätze vergrößert, sondern auch die Interessengegensätze innerhalb der EU verschärft: Während in den vermeintlich stabilitätsorientierten Nordländern der Eurogruppe die Bereitschaft an Grenzen stößt, die überschuldeten Südländer mit immer neuen Steuermitteln unter die Arme zu greifen, wehren sich diese dagegen, durch die Austeritätspolitik zu finanz- und wirtschaftspolitischen Befehlsempfängern degradiert zu werden. Dies gibt den rechtspopulistischen Parteien auf beiden Seiten die Möglichkeit, ihre gemeinsame Anti-Haltung gegenüber der EU durch unterschiedliche nationale Positionen zu akzentuieren.

Wirtschaftliche Krisen spielen den Rechtspopulisten in die Hände, lassen sie sich doch an den identitätspolitischen Kern ihrer Programmatik gut anschließen. Dies gilt gerade für Länder mit einem hohen Niveau sozialstaatlicher Leistungen, wo sich die Ressentiments der eingesessenen Bevölkerung gegen die vermeintlich nicht zugehörigen und mithin teilhabeberechtigten Zuwanderer richten. Sozialökonomische Verteilungskonflikte werden auf diese Weise sozialkulturell aufgeladen und in ethnische oder nationale Konflikte „umgefälscht“, wie es Jürgen Habermas in Bezug auf die Euro-Krise ausgedrückt hat. Dass dafür auch und gerade solche Wähler empfänglich sind, die aufgrund ihrer sozioökonomischen Position und Interessen eigentlich nach links tendieren müssten, birgt keine große Überraschung, da diese in kulturellen Fragen fast immer weiter rechts stehen als ihre Parteien. Für die Linke könnte es also lohnend sein, sich in der Wählersprache bestimmter Versatzstücke

rechtspopulistischer oder konservativer Ideologien zu bedienen, um die eigene Unterstützungsbasis zu verbreitern. Umgekehrt hat der unerwartet hohe Zulauf, den die neuen Rechtspopulisten seit den neunziger Jahren unter Arbeitern und Arbeitslosen erzielen konnten, zu einer Linksverschiebung in deren Programmatik geführt. Nachdem diese zunächst noch sehr stark neoliberal akzentuiert war, treten die neuen Rechtsparteien heute in vielen Ländern als die vehementesten Verteidiger des Wohlfahrtsstaates auf.

Die Einschränkung „in vielen Ländern“ ist wichtig. Der gemeinsame ideologische Nenner und gesellschaftliche Entstehungshintergrund des neuen Rechtspopulismus darf nämlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass es innerhalb der rechtspopulistischen Parteienfamilie immense Unterschiede gibt. Nur ein Teil von ihnen – der französische Front National, die italienische Lega Nord, der belgische Vlaams Belang, die niederländische Partij voor de Vrijheid und die österreichische FPÖ – fand sich im Vorfeld der Wahl zu einer engeren Zusammenarbeit bereit, die der Vorbote einer gemeinsamen Fraktion sein sollte. Die Fraktionsbildung ist bekanntlich gescheitert. Auch wenn sie zahlenmäßig zugelegt haben, werden die Rechtspopulisten im Europaparlament schon von daher keinen nachhaltigen Einfluss ausüben. Zu einer abgestimmten Obstruktion sind aufgrund ihrer immanenten Schwäche außerstande, was sich zugleich an den oftmals selbstzerstörerischen Tendenzen ablesen lässt, den diese Parteien in ihrer eigenen Organisation entwickeln. Für die europäische Politik liegt darin jedoch kein wirklicher Trost. Sie bräuchte im Grunde einen neuen Aufbruch, der aus der Unzulänglichkeit des bisherigen Integrationsprojekts Konsequenzen zieht. Denn so wie eine Währungsunion ohne sie begleitende Fiskal-, Konjunktur- und Wachstumspolitik auf Sand gebaut ist, so kann es nicht funktionieren, wenn die Bewältigung der sozialen, ökologischen und kulturellen Nebenwirkungen, die sich aus dem Marktgeschehen ergeben, in der EU weiter dauerhaft den Nationalstaaten aufgebürdet wird. Zu einem offensiven

Gegenentwurf für „Mehr Europa“, der mit einem Bekenntnis zur Politischen Union und einer Absage an den heute vorherrschenden intergouvernementalen Integrationsmodus einhergeht, scheinen die großen Parteien zur Zeit jedoch nicht in der Lage. Stattdessen begeben sie sich viele von ihnen selbst auf das Terrain des Rechtspopulismus, indem sie in das *bashing* der Brüsseler Bürokratie einstimmen und sich mit Vorschlägen überbieten, welche Zuständigkeiten der Gemeinschaft am besten entzogen werden könnten.

Hier – und nicht in der direkten Beeinflussung der Entscheidungsprozesse durch die gestärkte Gruppe der versammelten EU-Skeptiker im Europäischen Parlament – liegt denn auch die eigentliche Gefahr. Im Grunde haben sich die Populisten mit den Wahlen zum EP die falsche Bühne gewählt. Ihre eigentlichen Gegner sind ja die nationalen Parteien, die die Integrationspolitik aus den Mitgliedsstaaten heraus betreiben. Von daher würde es naheliegen, sie gerade dort – auf der nationalen Ebene – zu stärken. Wie stark die etablierten Kräfte unter dem Druck der Rechtspopulisten inzwischen zurückweichen, zeigt sich nirgendwo deutlicher als im Vereinigten Königreich, wo Premierminister Cameron gegen seinen Willen gezwungen worden ist, ein Referendum über den Verbleib des Landes in der EU anzukündigen. Die anderen Länder können auf diesen Sonderweg nicht mit einem „recht erst jetzt“ antworten, denn auch hier befinden sich die Befürworter weiterer mutiger Integrationsschritte immer mehr in der Defensive. Unter diesen Bedingungen wäre es schon ein Erfolg, wenn der Weg des „Durchlavierens“, den die EU im Zuge der Euro-Krise eingeschlagen hat, in den kommenden Jahren fortgesetzt wird und es zu keinen größeren Rückschlägen des Integrationsprozesses kommt. Alles andere wäre im Moment illusorisch.